



Mitgliederzeitung März 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, der Parteivorstand hat ein "Sozialstaatskonzept 2025" beschlossen und vorgestellt. Grundlage ist ein 17-seitiges Papier mit Reformvorschlägen für den Arbeitsmarkt, eine Kindergrundsicherung und eine Neuordnung der Sozialleistungen. Es soll der Abschied von Hartz IV sein. Kernpunkt des Konzepts ist das "Bürgergeld" – dieses soll die bisherige Grundsicherung, umgangssprachlich Hartz IV, künftig ablösen. Das neue Konzept verspricht mehr Respekt vor der Lebensleistung des Einzelnen und einen neuen Sozialstaat, der empathisch, unterstützend und bürgernah ist. Auf den kommenden Seiten werden wir das neue Konzept näher vorstellen. Einen weiteren Baustein zur Verbesserung des Sozialstaates ist der von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegte Entwurf für eine Grundrente (Respekt-Rente). Auch auf diesen Entwurf gehen wir näher auf den folgenden Seiten ein. Weiterhin hat der Parteivorstand einen Entwurf für unser Europawahlprogramm vorgelegt, welches auf einem Parteitag am 23.März diskutiert und beschlossen werden soll. Auch dazu weitere Informationen auf den folgenden Seiten. Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seht wir haben reichlich Stoff für Diskussionen. Ich freue mich auf spannende Diskussionen.

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Ernst

Themen:

Sozialstaatskonzept 2025	Seite 2
Kommentar Sozialstaatskonzept:	Seite 3
Die Repekt-Rente	Seite 5
Macht Europa stark!	Seite 6

Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

Datum: 12.März 2019

Themen: Neue Sozialpolitik der SPD und Vorbereitung Wahlen

Ort: BSV-Treff, Ellernreihe 88

Uhrzeit: 19:30 Uhr



Termin:

**Auftaktveranstaltung Bezirkswahl
SPD Bramfeld**

Thema: Stadtteilentwicklung Bramfeld

9. April 2019

Ort: BraKula

Uhrzeit: 19:00 Uhr

**Mit: Christine Krah, Christoph Schütte,
Lars Pochnicht, Andreas Ernst (Moderation)**

Impressum (V.i.S.d.P):

**SPD Bramfeld-Süd
c/o Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg**

**Distrikt
Bramfeld-Süd**

SPD

**Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de**

**E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de**



Sozialstaatskonzept 2025

Auf seiner Jahresauftaktklausur hat der SPD-Parteivorstand grundlegende Ergebnisse des Erneuerungsprozesses diskutiert. „Wir sind jetzt bereit, aus den gewonnen Erkenntnissen eine neue sozialdemokratische Politik zu formen“, kündigte Nahles an. Zuvor hatte die Partei in den vergangenen Monaten intensiv diskutiert – unter anderem auch mit sozialen Initiativen, mit NGOs, ökologischen Bewegungen und unabhängigen Interessensverbänden.

Mit Erfolg: In einem ersten Schritt legt die Parteichefin jetzt das Konzept für einen „Neuen Sozialstaat für eine neue Zeit“ vor – „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit“ ist das 15-seitige Papier überschrieben. Das hat der Parteivorstand am Sonntag einstimmig beschlossen. Bereits im Dezember hatte Nahles angekündigt: „Wir lassen Hartz IV hinter uns“. Jetzt hat sie geliefert.

Die wichtigsten Punkte des SPD-Konzepts im Überblick:

Bürgergeld statt Hartz IV, ein Mindestlohn von zwölf Euro oder das Recht auf Heimarbeit. Das will die SPD umsetzen, um ihr soziales Profil zu schärfen:

BÜRGERGELD: Wer lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll nicht mehr so schnell auf das Hartz-IV-Niveau fallen (424 Euro im Monat Regelsatz für Alleinstehende). Ab 58 Jahren soll dies erst nach 33 Monaten der Fall sein. An der Höhe der Regelsätze will man nichts ändern. Bei Jüngeren will man aber weniger Sanktionen und Kürzungen. Am Prinzip des "Förderns und Forderns" will man festhalten, aber das Fördern stärker betonen. So soll das "Recht auf Arbeit" gestärkt werden, auch durch mehr Förderung, um einen Berufsabschluss nachzuholen.

KINDERGRUNDSICHERUNG: Die SPD will eine Leistung "aus einer Hand", die auch digital beantragt werden kann. Das stößt bisher noch auf die größte Zustimmung. Denn kaum einer blickt noch durch im Renten- und Sozialdschungel. Bislang einzeln ausgezahlte, einzeln zu beantragende und zum Teil aufeinander anzurechnende Leistungen (Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Grundsicherungs-Leistungen) sollen zu einer neuen Kindergrundsicherung zusammengeführt werden. Kinder sollen damit auch aus dem als



stigmatisierend empfundenen Hartz-IV-System herausgeholt werden. Gerade Kinder von Alleinerziehenden sollen zu den Gewinnern zählen.

MINDESTLOHN: Die SPD will den gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 9,19 Euro "perspektivisch" auf zwölf Euro erhöhen. Zudem soll die Tarifbindung unter anderem durch steuerliche Anreize gestärkt werden.

HEIMARBEIT: Die SPD will das Recht auf Arbeiten von zu Hause aus ("Homeoffice") gesetzlich verankern. 40 Prozent der Beschäftigten in Deutschland könnten heute durch die zunehmende Digitalisierung von zu Hause aus arbeiten, argumentiert sie. Nur zwölf Prozent bekämen ihren Wunsch nach flexibler Arbeit erfüllt. Der DGB unterstützt dies. Wichtig sei aber, dass auch im Homeoffice die Arbeitszeit komplett erfasst und vergütet werde. Die SPD will gesetzlich zudem sicherstellen, dass Arbeitnehmer vor ständiger Erreichbarkeit besser geschützt werden.

ZEITKONTEN: Dadurch sollen Überstunden und Zeiten für Fort- und Weiterbildungen bundesweit einheitlich angespart werden können. Die Zeitguthaben können durch Tarifverträge oder durch den Staat für besondere förderungswürdige Zwecke zusätzlich aufgestockt werden, etwa für Fort- und Weiterbildungen. Überstunden sollen so nicht mehr verloren gehen, sondern "sich in ein Zeitguthaben verwandeln, das im Lebensverlauf mehr Freiheit ermöglicht". Das gilt auch beim Wechsel des Arbeitgebers, es soll übertragbar sein. Zudem sollen partnerschaftliche Arbeitsmodelle gestärkt werden, um mehr Zeit für die Familie zu schaffen.



Kommentar Sozialstaatskonzept

„SOZIALSTAAT 2025“

Seit seiner Einführung 2005 ist Hartz IV ein Trauma für unsere Partei. Es hat unserer Identität als Partei der Schwachen geschadet und es hat die Partei bis heute gespalten. Daher ist es gut, dass wir mit dem neuen Sozialstaatskonzept Hartz IV hinter uns lassen wollen.

Ob wir eine neue Glaubwürdigkeit und damit Wählerstimmen zurückgewinnen kann, hängt zum großen Teil davon ab, diese Versprechen auch einzulösen. Aber ist das neue "Bürgergeld" wirklich eine Abkehr von altem? Beseitigt es die größten Ungerechtigkeiten und Schwächen des bisherigen Systems? Oder steckt doch nur ein Hartz IV light dahinter? Schauen wir mal genauer auf das neue Konzept.

Eine der tiefgreifendsten Wirkungen von Hartz IV ist auch eine psychologische: der Verlust des Sicherheitsgefühls vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Angst vor dem möglichen harten Absturz. Die Angst besteht zu Recht: Selbst wer seit Jahrzehnten Arbeit hat und Steuern sowie Sozialabgaben zahlt, kann in sehr kurzer Zeit ganz unten ankommen. Ein Jahr lang gibt es noch das Arbeitslosengeld, dessen Höhe sich nach dem bisherigen Einkommen richtet. Danach heißt es: Erst einmal vom jahrelang angesparten Vermögen leben. Wenn das aufgebraucht ist, folgt ein Leben im Existenzminimum inklusive enger Kontrolle von Einkommen und Vermögen - und dem drohenden Zwangsumzug, wenn die Wohnung zu groß oder zu teuer ist. Würde das neue SPD-Konzept umgesetzt, würde aus dem harten, schnellen Absturz in die Armut eine sanfte Landung. Deutlich länger Geld aus der Arbeitslosenversicherung: Jeder Arbeitslose soll nach drei Monaten das Recht auf eine Qualifizierung oder Umschulung erhalten. Abhängig von der Länge dieser Weiterbildung wird das Arbeitslosengeld bis zu zwei Jahre länger gezahlt als bisher - also insgesamt bis zu drei Jahre. Durch den Rechtsanspruch auf Weiterbildung dürfte diese maximale Dauer häufig erreicht werden. Zudem sollen langjährig Versicherte automatisch länger Geld bekommen: Nach 20 Jahren Arbeit gibt es 15 Monate Arbeitslosengeld, nach 25 Jahren 18 Monate, nach 30 Jahren 21 Monate. Wer sich von ihnen weiterbildet, erhält ebenfalls bis zu insgesamt drei Jahre Arbeitslosengeld. Zwei Jahre Schonzeit für Vermögen und Wohnung: Nach bis zu drei Jahren mit Arbeitslosengeld 1 folgt der Fall in die

Ein neuer Sozialstaat. Für Anerkennung und Respekt.

Grundsicherung - aber deutlich weicher als bisher. Zwei Jahre lang muss weder das angesparte Vermögen verbraucht werden, noch droht der Zwangsumzug wegen einer zu großen Wohnung. Der Unterschied zum Status quo ist durchaus beträchtlich: Statt wie bisher nach einem Jahr müsste das Ersparte erst nach frühestens drei Jahren Arbeitslosigkeit angetastet werden - häufig sogar erst nach fünf Jahren, die ersten drei davon noch mit Arbeitslosengeld.

Eine Grundsicherung tatsächlich nur für Arbeitsuchende

Hartz IV heißt eigentlich "Grundsicherung für Arbeitsuchende". Das Problem ist, dass bisher mindestens zwei Personengruppen in dem System leben, die dem Wortsinn nach gar nicht hineingehören: Kinder und Aufstocker/Ergänzer. Das SPD-Konzept würde diesen Zustand beenden. Kinder raus: Eine Kindergrundsicherung soll das bestehende System aus Kindergeld und Freibeträgen ersetzen - und auch Sozialleistungen wie Hartz IV und den Kinderzuschlag. Das hätte - nicht nur in Hartz IV, sondern in der gesamten Bevölkerung - erhebliche Verteilungswirkung. Derzeit sparen Gutverdiener durch die Kinderfreibeträge deutlich mehr Steuern als die derzeit 194 Euro, die es im Monat Kindergeld gibt. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Staat reicheren Eltern mehr Geld für ihr Kind gibt als ärmeren. Bei einer Kindergrundsicherung wäre das anders: Für jedes Kind gäbe es die gleiche Leistung, die sich wiederum aus dem Existenzminimum von 408 Euro plus einem Betrag für den Entwicklungsbedarf zusammensetzt - der Entwurf beziffert diesen zwar nicht exakt, aber eine Gesamthöhe von etwas mehr als 600 Euro im Monat ist plausibel.





Diesen Betrag sehen bereits vorliegende Konzepte etwa des Bündnisses Kindergrundsicherung vor. Die Mehrkosten wären mit mehr als 30 Milliarden Euro im Jahr allerdings sehr hoch und müssten durch den Wegfall des Ehegattensplittings und Steuererhöhungen gedeckt werden. Wird derzeit das Kindergeld voll auf Hartz IV angerechnet, bliebe die Kindergrundsicherung künftig komplett in der Familie. Die Kinder wären explizit nicht mehr Teil des Systems, nur die Eltern würden noch eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden. Im Detail wird das zwar relativ knifflig umzusetzen sein - etwa bei den Wohnkosten, die zum Teil ja auch durch die Kindergrundsicherung abgedeckt werden. Im Ergebnis aber werden Familien mit Kindern in der Grundsicherung künftig auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als bisher. Bisher ist die Situation mitunter skurril - von den rund vier Millionen erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfängern arbeiten etwas mehr als eine Million, verdienen aber so wenig, dass ihr Einkommen aufgestockt wird. Rund 550.000 davon zahlen sogar in die Arbeitslosenversicherung ein - geht es aber um die Arbeitsvermittlung und Qualifizierung, ist für sie nicht die Arbeitsagentur, sondern das Jobcenter zuständig. Das soll sich nach den Vorstellungen der SPD ändern: Künftig sollen alle Aufstocker/Ergänzer durch die Arbeitsagenturen betreut werden. Ganz raus aus der Grundsicherung wären sie damit allerdings nicht: Die Auszahlung des Regelsatzes und der Wohnkosten würde weiter durch das Jobcenter abgewickelt.

Weniger Bürokratie

Wer in Hartz IV fällt, ist nicht selten komplett überfordert vom Dickicht des Sozialstaats. Eine Alleinerziehende etwa muss außer Hartz IV noch Unterhaltsvorschuss beim Jugendamt, Kinderzuschlag bei der Familienkasse, Wohngeld bei der Kommune und das Bildungspaket beim Jobcenter beantragen - diese Leistungen werden dann teils untereinander angerechnet und laufen unterschiedlich lange. Zudem sind die Regelungen in

Hartz IV oft so kleinteilig, dass Bescheide bis zu 190 Seiten umfassen und nicht mehr als Brief, sondern als Päckchen verschickt werden müssen. Wirklich verstehen tun sie ohnehin nur die wenigsten Empfänger, viele haben Angst vor den in Juristendeutsch andgedrohten Sanktionen. Wir wollen die Bürokratie nun reduzieren und das Behördenwirrwarr erträglich machen: Anträge und Bescheide sollen vereinfacht und dadurch verständlich und transparent werden. Bewährt sich das nicht, soll es zusätzlich Lotsen geben, die Betroffenen beim Ausfüllen helfen. Überdies sollen mehr Leistungen als bisher als Pauschalen ausgezahlt werden, anstatt umständlich individuell berechnet zu werden - das reduziert zwar die Einzelfallgerechtigkeit, macht aber die Bescheide verständlicher und ermöglicht den Jobcenter-Mitarbeitern, sich mehr um die Vermittlung und Unterstützung der Empfänger zu kümmern als um deren Verwaltung. Zudem sollen Bürger eine einzige Anlaufstelle für alle Fragen des Sozialstaats bekommen - nicht in einer neu geschaffenen Behörde, sondern in den bestehenden Institutionen. Wer also künftig zum Beispiel arbeitslos wird, den würde der Sachbearbeiter in der Arbeitsagentur durch das Labyrinth der verschiedenen Sozialleistungen führen.

Mehr fördern, weniger fordern

Insgesamt soll der Staat dem Bürger in der neuen Grundsicherung nach Vorstellung der SPD deutlich mehr auf Augenhöhe begegnen als bislang. Aus den bisherigen Eingliederungsvereinbarungen sollen Teilhabevereinbarungen werden, die die Wünsche der Empfänger stärker berücksichtigen. Auch die sogenannten Bagatellgrenzen sollen deutlich angehoben werden - also jener Betrag, bis zu dem zu viel ausgezahltes Geld seitens des Jobcenters nicht zurückgefordert wird. Vor allem aber wollen wir mit der neuen Grundsicherung ein "Recht auf Arbeit" verankern: Dafür soll zum einen die Qualifizierung und Weiterbildung deutlich verbessert werden: Jeder Bürger in der Grundsicherung soll das Recht auf die Förderung eines Berufsabschlusses erhalten - und zwar auch deutlich länger als die bisherige Höchstgrenze von zwei Jahren. Zusätzlich sollen Betroffene während der Zeit der Ausbildung einen finanziellen Bonus gezahlt bekommen - die Erfahrung zeigt, dass gerade viele Ältere Berufsausbildungen bisher zugunsten eines schlecht bezahlten Helferjobs abbrechen, weil sie damit immer noch besser dastehen als mit dem Hartz-IV-Regelsatz allein. Insgesamt soll jede und jeder in der Grundsicherung entweder eine solche passgenaue Weiterbil-



dung angeboten bekommen - oder gleich einen geförderten Job im Anfang des Jahres gestarteten sozialen Arbeitsmarkt. Auf der anderen Seite sollen die Sanktionen entschärft werden: Die Wohnkosten sollen auf keinen Fall mehr gekürzt werden, auch die "komplette Streichung von Leistungen" soll entfallen, ebenso wie die sehr scharfen Sonderregeln für unter 25-Jährige. Ganz abschaffen wollen wir die Sanktionen allerdings nicht.

Fazit: Im SPD-Konzept für ein Bürgergeld finden sich viele Lösungen für einige eklatante Schwächen und Härten des jetzigen Hartz-IV-Systems - etwa für zuvor langjährig Beschäftigte: Der harte Absturz nach einem Jahr in der Arbeitslosigkeit wird stark abgefedert, Vermögen und Wohnung lange geschont - erst nach fünf Jahren Arbeitslosigkeit würde es für die meisten wirklich ans Eingemachte gehen. Kinder würden ganz aus dem System genommen, ihre Familien hätten spürbar mehr Geld. Aufstocker/Ergänzer würden von den Arbeitsagenturen statt den Jobcentern betreut. Für die restliche Mehrheit der jetzigen Hartz-IV-Empfänger würde sich zwar finanziell wenig ändern, jedoch: Die Begegnung mit den Behörden fände mehr als heute auf Augenhöhe statt, das Fördern würde deutlich stärker betont als das Fordern. Eine solche Grundsicherung würde sich von Hartz IV sehr stark unterscheiden.



Die Respekt-Rente

Für uns ist es ein Kernversprechen des Sozialstaats: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter ordentlich abgesichert sein. Außerdem ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeit sich lohnt – auch in der Rente.

Deshalb wollen wir die Grundrente. Wer 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt und weniger als 896 Euro Rente hat, soll künftig einen Zuschlag erhalten. Damit all diejenigen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, aus Respekt vor der Lebensleistung mehr Anerkennung bekommen. Lebensleistung

verdient Respekt: Wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter mehr haben als die Grundsicherung. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeit sich lohnt – auch in der Rente. Die gesetzliche Rente ist die tragende Säule der Alterssicherung in Deutschland. Das Vertrauen in die Rente ist wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Jede und jeder Zweite in Deutschland macht sich Sorgen um seine Absicherung im Rentenalter. Die Grundlage für eine gute Rente legen anständige Löhne, deshalb setzen wir uns auch weiterhin für gute Löhne und eine starke Tarifbindung ein. Es ist aber auch Aufgabe der Solidargemeinschaft sicherzustellen, dass Arbeit sich lohnt und Menschen nach einem langen Arbeitsleben im Alter ein Auskommen haben, das ihre Leistung respektiert. Mit der Grundrente sorgen wir dafür, dass die Menschen sich auf das Kernversprechen des Sozialstaats verlassen können: Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter ordentlich abgesichert sein. Und zwar besser als derjenige, der nur kurzzeitig oder gar keine Beiträge geleistet hat – denn das ist eine Frage der Gerechtigkeit. „Anerkennung der Lebensleistung und ein wirksamer Schutz vor Altersarmut“ – das sind die beiden klaren Ziele aus dem Koalitionsvertrag. Eine Grundrente, die den Namen verdient, muss diesen Zielen gerecht werden. Das ist ein Kraftakt, aber darin zeigt sich der Respekt der Gemeinschaft vor der Leistung eines langen Arbeitslebens. Unser Konzept für eine gerechte Grundrente: Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll über eine Rente verfügen, die im Normalfall das Auskommen im Alter sichert – es ist eine Frage der Anerkennung und der Gerechtigkeit, dass Arbeit sich lohnt. Die Grundrente soll den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umsetzen: Nach Jahrzehnten der Arbeit, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen soll jeder am Ende besser dastehen, als hätte er keine oder nur kurzzeitig Beiträge geleistet. Damit der Respekt vor der Arbeit und die Anerkennung der Lebensleistung Ausdruck finden, brauchen wir eine Regelung im Rentensystem, die für einen effektiven Schutz vor Armut im Alter mit zusätzlichen Maßnahmen flankiert wird. Zentraler Baustein ist die neue Grundrente: Die Rente wird um einen Zuschlag erhöht, wenn die Versicherten mindestens 35 Jahre „Grundrentenzeiten“ vorweisen können – das sind Pflichtbeitragszeiten vor allem aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflegetätigkeit. Grundlage der Berechnung sind die in den „Grundrentenzeiten“ erworbenen Entgeltpunkte. Die Grundrente wird ohne Bedürftigkeitsprüfung ermittelt. Davon



werden 3 bis 4 Millionen Menschen profitieren können, ein großer Anteil davon sind Frauen. Da bei der Anerkennung von Lebensleistung nicht zwischen heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentnern unterschieden werden kann, gelten die Regelungen für alle. Wenn –etwa in Ballungszentren –die Kosten für die Wohnung überdurchschnittlich hoch sind oder z.B. aufgrund einer Behinderung besondere individuelle Bedarfe bestehen, kann es sein, dass auch die Grundrente nicht all das abdeckt. „Die Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, soll honoriert und ihnen ein regelmäßiges Alterseinkommen zehn Prozent oberhalb des Grundsicherungsbedarfs zugesichert werden.“ –Um diese Maßgabe des Koalitionsvertrags einlösen zu können, soll die Einführung der Grundrente durch zwei weitere Maßnahmen begleitet werden: Verbesserungen beim Wohngeld: Bereits heute stellen Rentnerhaushalte die Hälfte der Haushalte, die Wohngeld beziehen. Rentnerinnen und Rentnern, die mindestens 35 Jahre Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt haben, soll künftig ein pauschaler Freibetrag gewährt werden. In der Höhe sollte sich der Freibetrag an dem bereits für schwerbehinderte Menschen existierenden Freibetrag von 125 Euro orientieren. Da das Wohngeld bisher –anders als die Rente –nicht dynamisch, sondern starr ist, können Rentnerinnen und Rentner durch steigende Renten im Zuge der jährlichen Rentenanpassungen unter Umständen ihren Anspruch auf Wohngeld verlieren. Daher ist es außerdem wichtig, dass die Miet- bzw. Einkommensgrenzen zum Wohngeld regelmäßig angepasst werden, um Rentnerhaushalte mit Wohngeldbezug wirklich zu unterstützen. Für die Reform des Wohngelds ist das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat federführend zuständig. Einführung eines Freibetrags in der Grundsicherung: Die Grundrente soll die Lebensleistung derer anerkennen, die jahrzehntelang für ein kleines Einkommen gearbeitet und in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Den Schutz vor Altersarmut durch ein regelmäßiges Einkommen oberhalb des Bedarfs in der Grundsicherung kann die Grundrente auch zusammen mit dem Wohngeld nicht in allen Fällen sichern.



Macht Europa stark!



Kommt zusammen und macht Europa stark!
Entwurf des Wahlprogramms für die Europawahl

Unser Zusammenhalt ist der Schlüssel zur Erfolgsgeschichte Europas. Wir wissen, dass wir zusammen stärker sind. Dass es unsere gemeinsamen Werte sind, die uns verbinden. Und dass wir mehr erreichen, wenn wir mit einer Stimme sprechen. Mit einer selbstbewussten Stimme, die in der Welt Gewicht hat. Diese Überzeugung ist die Grundlage für unseren Programmentwurf zur Europawahl, den der Parteivorstand heute beschlossen hat. Unsere Ideen hatten wir mit Gewerkschaften, Verbänden, NGOs und gesellschaftlichen Initiativen diskutiert. Auch die Gliederungen haben sich eingebracht und unsere Mitgliederbefragung im Januar hat viele wichtige Impulse gesetzt. Den Programmentwurf werden wir dann auf dem Europakonvent am 23. März abschließend zur Abstimmung stellen. Wir wissen: Nur, wenn wir zusammenhalten, schaffen wir das soziale Europa. Dafür wollen wir investieren: in gute Arbeit zum Beispiel, in Infrastruktur, damit wir Ungleichheiten abbauen können. In soziale Sicherheit. Das schaffen wir nur, wenn auch die großen Konzerne Steuern zahlen und sich nicht drücken. Das betrifft unter anderem auch Amazon, Facebook und Co.

In Europa sollen Talente und Ideen den Wettbewerb entscheiden, nicht Lohndumping und Steuerabatte. Darum ist Zusammenhalt in Europa so wichtig. Auch Klima und Umwelt kennen keine Grenzen. Sie können wir nur gemeinsam schützen.

Und das wichtigste: Den Frieden in Europa erhalten wir nur, wenn wir zusammenhalten. Gegen die Widerstände von außen, aber auch gegen die von innen.

Wir sagen: Kommt zusammen! Und macht Europa stark.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Erfolgsgeschichte Europas hat einen Dreh- und Angelpunkt: Unseren Zusammenhalt. Doch der wird zunehmend in Frage gestellt. Deshalb ist es jetzt an uns, ihn zu stärken. Das ist das Ziel unseres Programms für die Europawahl. Wenn wir in Europa zusammenhalten, werden wir auch in Zukunft viel erreichen.

Unser Entwurf dazu hat das soziale und solidarische Europa im Blick. Ein Europa guter Arbeit und sozialer Sicherheit, indem alle Chancen haben und zum Gelingen beitragen – auch große Konzerne mit ihren Steuern. Denn ob Klimaschutz oder Friedenspolitik, echte Antworten gibt es nur gemeinsam.

Den Programmentwurf des Parteivorstandes findet ihr unter:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa/ist_die_Antwort/20190218_Leitantrag_Europawahlprogramm.pdf?utm_campaign=Argumente&utm_source=nl&utm_medium=nl

WIR IN
EUROPA



Quelle: spd.de



SPD

Wir vor Ort

Abgeordneter für die Hamburgische Bürgerschaft für den Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Abgeordnetenbüro Bramfeld

Bramfelder Abgeordneter: Jens Schwieger
Bramfelder Chaussee 312 | 22177 Hamburg
Telefon: 040 – 63 91 76 79
E-Mail: buero@schwieger-hamburg.de



SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 682 67 784
E-Mail: spdfraktion-wandsbek@t-online.de



SPD-Kreisbüro Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 689 44 511
E-Mail: hh-wandsbek@spd.de



SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg
Telefon: (040) 280 848 - 0
Fax: (040) 280 848 - 18
E-Mail: kontakt@spd-hamburg.de

